



## Pressemitteilung – Wahlprüfsteine zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2023

Zur anstehenden Neuwahl zum 19. Abgeordnetenhaus von Berlin hat der Hospiz- und Palliativverband Berlin e.V. (kurz HPV Berlin e.V.) die Parteien mit Fragen aus der Berliner Hospiz- und Palliativszene angeschrieben und um Stellungnahme gebeten. Aktuell liegen uns von vier Parteien Antworten zu unseren Wahlprüfsteinen vor, die wir hiermit gerne mit Ihnen teilen.

*Markus Luther, Geschäftsführer des Verbands: „Wir danken den Parteien für Ihre Antworten zu unseren Wahlprüfsteinen. Ihre Rückmeldungen ermöglichen es unseren Mitgliedern, den ehrenamtlich Engagierten und allen interessierten Berlinerinnen und Berlinern diese hospizlich-palliativen Themen und Fragestellungen bei Ihrer Wahl am kommenden Sonntag mit zu berücksichtigen.“*

### Anhänge:

- Antworten zu den Wahlprüfsteinen des HPV Berlin e.V. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Antworten zu den Wahlprüfsteinen des HPV Berlin e.V. (CDU Berlin)
- Antworten zu den Wahlprüfsteinen des HPV Berlin e.V. (die LINKE - Landesverband Berlin)
- Antworten zu den Wahlprüfsteinen des HPV Berlin e.V. (SPD Berlin)

### Weitere Informationen zum Verband

Aus dem vielfältigen bürgerschaftlichen Engagement der Hospizbewegung in Berlin gründete sich 1999 der Hospiz- und Palliativverband Berlin e.V. als Interessenvertretung. Ihm obliegt die Förderung des Hospizgedankens und die Förderung der hospizlichen und palliativen Versorgung. Dabei ist das ehrenamtliche Engagement wesentliches Kernelement. Der Verband wirbt für die Entwicklung und Verbesserung der Versorgungsstrukturen für schwerstkranke und sterbende Menschen in der Öffentlichkeit, in Politik und Fachgremien.

Der Verband arbeitet überkonfessionell und ist politisch unabhängig. Seine Arbeit orientiert sich an den Leitsätzen des Deutschen Hospiz- und Palliativverband e.V. Im Mittelpunkt der hospizlichen und palliativen Arbeit steht die umfassende Betreuung und Begleitung von schwerkranken und sterbenden Menschen entsprechend ihren körperlichen, geistigen, seelischen, spirituellen und sozialen Bedürfnissen. Die Begleitung schließt Angehörige, Freunde und Trauernde mit ein. Die Würde dieser Menschen und ihr Recht auf Selbstbestimmung sind dafür Maßstab. Das Verständnis von solidarischer hospizlicher Begleitung schließt Tötung auf Verlangen und die Beihilfe zur Selbsttötung aus.

### Verantwortlich im Sinne des Presserechts, Kontakt und Rückfragen

Hospiz- und Palliativverband Berlin e.V.  
Markus Luther  
Geschäftsführer  
Brabanter Straße 21  
10713 Berlin



Tel 030 41202875 | Fax 030 41202876 | E-Mail [luther@hospiz-berlin.de](mailto:luther@hospiz-berlin.de)  
Web [www.hospiz-berlin.de](http://www.hospiz-berlin.de), [www.hospizwoche.de](http://www.hospizwoche.de)

Antwort zu den Wahlprüfsteinen  
des HPV Berlin e.V.  
Bündnis 90-Die GRÜNEN

Bündnis 90 / Die Grünen Berlin · Kommandantenstr. 80 · 10117 Berlin

An  
Hospiz- und PalliativVerband Berlin e.V.  
Branter Str. 21  
10713 Berlin

**Bündnis 90/Die Grünen  
Landesverband Berlin**

**Susanne Mertens und Philmon Ghirmai**  
Landesvorsitzende

Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin  
Tel.: +49 (30) 61 50 05 - 30  
Landesvorsitzende@gruene-berlin.de

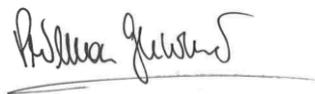
31. Januar 2023

## Wahlprüfsteine des Hospiz- und PalliativVerbands Berlin e.V.

Sehr geehrter Herr Luther,

vielen Dank für Ihr Interesse an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin. Gerne beantworten wir Ihre Wahlprüfsteine. Sie finden unsere Antworten im beigefügten Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen



Susanne Mertens und Philmon Ghirmai

- 1. Wie steht Ihre Partei grundsätzlich zum Thema Hospiz- und Palliativversorgung und gibt es hierzu Aussagen im Parteiprogramm?**
- 2. Gibt es in Ihrem Wahlprogramm Aussagen zur hospizlich-palliativen Versorgung und wie sehen diese konkret aus?**
- 3. Hat Ihre Partei konkrete Pläne zur Unterstützung und Weiterentwicklung der Berliner Hospiz- und Palliativarbeit?**

Die Fragen 1 bis 3 werden hier gemeinsam beantwortet:

Wir als Bündnis 90/Die Grünen wollen, dass alle Menschen selbstbestimmt und gut versorgt ihre letzte Lebensphase verbringen können. Ein würdevolles Lebensende bedeutet für uns auch Lebensqualität. Deshalb stehen wir für die Stärkung der Hospiz- und Palliativversorgung. Insbesondere in dieser Lebensphase sind Menschen oft kaum oder gar nicht mehr in der Lage, für ihre eigenen Bedürfnisse einzustehen. Umso wichtiger ist, dass vor dem Auftreten von schweren Erkrankungen eine gute Aufklärung über Vorsorgevollmachten und Patientenverfügungen stattfindet. Sind diese Dokumente nicht vorhanden, sind die Angehörigen von schwer Erkrankten häufig nicht in der Lage, entsprechend dem mutmaßlichen Willen der Betroffenen Aussagen zu Behandlungswünschen zu treffen. Gültige Vorsorgevollmachten und Patientenverfügungen stellen sicher, dass die Wünsche von Betroffenen, insbesondere am Lebensende, geachtet werden. Sie erleichtern außerdem dem medizinischen Personal die Arbeit. Wir wollen deshalb in dieser Legislatur eine Beratungsstelle für Palliativmedizin einrichten, die über die Möglichkeiten der Versorgung im Hospiz oder zu Hause transparent informiert. Palliativmedizin ist aufgrund reformbedürftiger Anreize aus gesundheitsökonomischer Sicht oft unattraktiver als die medizinische Behandlung durch Operationen und intensivmedizinische Maßnahmen, die von den Betroffenen häufig als quälend empfunden werden. Umso wichtiger ist es, Ärzt\*innen so aus- und weiterzubilden, dass für sie die Wünsche der Behandelten im Fokus stehen und lebensverlängernde Maßnahmen nicht um jeden Preis durchgeführt werden.

Wir setzen uns außerdem für diversitäts- und geschlechtersensible Palliativpflege ein. Gerade in einer Einwanderungsgesellschaft gilt es, Diversity-Kompetenzen auszubauen, bei Einstellungen auf Diversität zu achten und im Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse in Pflege- und Gesundheitsberufen leichter anzuerkennen. Mit den Pflegestützpunkten der interkulturellen Öffnung und der LSBTIQ\*-sensiblen Beratung sind wir erste Schritte gegangen – diesen Weg wollen wir weitergehen. Die Interkulturellen Brückenbauer\*innen in der Pflege und Medizin leisten dazu einen wesentlichen Beitrag, den es auszubauen und um die diversitätskritische Hospiz- und Palliativversorgung in Berlin auszuweiten gilt. Schließlich werden wir den Runden Tisch Palliativ- und Hospizversorgung weiterführen und das Beratungsangebot verstetigen.

**4. Welche Position vertritt Ihre Partei zur sag. Sterbehilfe und zur Geschäftsmäßigen Forderung der Selbsttötung nach §217 StGB?**

Mit seinem Grundsatzurteil vom 26. Februar 2020 hat das Bundesverfassungsgericht klargestellt, dass auch beim Suizid in jeder Lebenslage eines Menschen die Selbstbestimmung umfassend gilt. Der damalige Paragraph 217 StGB, der die Beihilfe kriminalisierte, wurde deshalb für nichtig erklärt. Nun gilt: Menschen, die eine Entscheidung über das eigene Lebensende treffen möchten, haben also einen Anspruch auf qualifizierte Aufklärung und Beratung. Dazu gehören auch lebensorientierte Alternativen zum Suizid. Wir wollen in Berlin ein entsprechendes Modellprojekt mit ergebnisoffenen und einfühlsamen Gesprächsangeboten auf den Weg bringen.

**5. Welche Strategien und konkreten Plane verfolgt Ihre Partei, um allen Menschen, z.B. auch den hochbetagten oder behinderten Menschen, ein gutes Lebensende und Sterben in Würde zu ermöglichen?**

Zu einem ganzheitlichen Blick auf die Gesundheitsversorgung gehört auch ein Blick auf den Sterbeprozess: Wir wollen, dass Menschen selbstbestimmt und gut versorgt ihre letzte Lebensphase verbringen können. Doch insbesondere in dieser Lebensphase sind Menschen oft kaum oder gar nicht mehr in der Lage, für ihre eigenen Bedürfnisse einzustehen. Umso wichtiger ist es, dass vor dem Auftreten von schweren Erkrankungen eine gute Aufklärung über Vorsorgevollmachten und Patient\*innenverfügungen stattfindet. Diese stellen sicher, dass die Wünsche von Betroffenen, insbesondere am Lebensende, geachtet werden und erleichtern dem medizinischen Personal die Arbeit. Deshalb wollen wir die Aufklärungsstrukturen dafür ausbauen. Darüber hinaus wollen wir eine Beratungsstelle für Palliativmedizin einrichten.

**6. Hat Ihre Partei Strategien und Plane Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen in der Wohnungslosigkeit die Hospiz- und Palliativversorgung zu ermöglichen? Wenn ja, welche?**

Hospiz- und Palliativversorgung muss für alle Menschen zugänglich sein. Das ist unser Ziel. Das bedeutet auch, dass die Diversität unserer Bevölkerung auch in den Strukturen der Versorgung zum Lebensende, abgebildet sein muss. Deshalb setzen wir bei Gesundheitsversorgung auf Sozialraumbezug als Konzept und fördern interkulturelle Kompetenz bei Gesundheitsfachpersonen. Wir fordern seit Jahren eine bessere Pflegesituation, auch in der Wohnungsnotfallhilfe. Mit der Einrichtung einer entsprechenden Krankenstation haben wir einen wichtigen Schritt zur besseren pflegerischen Versorgung obdachloser Menschen machen können. Wir wissen aber auch um die teils sehr schweren Schicksale in der Wohnungsnotfallhilfe. Dazu gehören auch nur schwer behandelbare Krankheitsbilder oder gar das Sterben auf der Straße. Als Grüne setzen wir uns daher seit Jahren für ein Palliativangebot auch in der Wohnungsnotfallhilfe ein. Wir werden uns auch in der nächsten Legislatur für ein Angebot dieser Art stark machen.

**7. Wie wird Ihre Partei die sektoren- und ressortübergreifende Betreuung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit lebensverkürzenden Erkrankungen gestalten?**

Wir haben uns über viele Jahre für die sektoren- und ressortübergreifende Vernetzung und Einrichtung eines Care- und Casemanagements für Familien mit Kindern und Jugendlichen, die lebensverkürzend erkrankt sind, eingesetzt. Dies konnten wir im Landeshaushalt verankern und die Ihnen bekannten Projekte werden daraus finanziert. So wird u.a. seit dem 1. August 2022 das Projekt „HospizKind“ gefördert. Es hat sich gezeigt, dass sowohl die Projekte, als auch die Vernetzung der Akteure die Arbeit für die Familien, Kinder und Jugendlichen verbessert hat. Nach wie vor gibt es aber Reibungsverluste bei der Umsetzung komplexer Leistungsansprüche. Dazu braucht es weiterhin große Anstrengungen, um die noch vorhandenen Hürden abzubauen. Für uns ist es wichtig, an dem bereits Vorhandenen festzuhalten und Kapazitäten weiter auszubauen.

**8. Der Kreis derer, die einer hospizlich-palliativen Sorge bedürfen, steigt stetig. Dem stehen eine Ressourcenknappheit und ein Fachkräftemangel gegenüber. Welche Ansätze verfolgt Ihre Partei, um diese Diskrepanz zu entschärfen?**

Gute Pflege steht und fällt mit den Mitarbeiter\*innen. Pflegekräfte sind systemrelevant, das spiegelt sich aber bisher nicht ausreichend in den Arbeitsbedingungen wider. Eine Pflegekammer, wie sie mehrheitlich von den Berliner Pflegenden gewünscht wird, unterstützen wir. Wir wollen verbindliche Personalschlüssel statt Personaluntergrenzen und Beschwerdestellen, um Verstöße gegen den Arbeitsschutz zu melden. Im Bund wollen wir uns für die berufsbegleitende Form der Ausbildung zur Pflegefachfrau\*Pflegefachmann einsetzen. Wir haben die generalistische Pflegefachassistentenausbildung für Berlin gestartet und sichern somit qualitative Pflege und ein attraktives Berufsbild auch für Pflegeassistenten. Im Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse von Pflege- und Gesundheitsberufen, ob innerhalb oder außerhalb der EU erworben, sollen leichter anerkannt werden.

Auch in der ambulanten Versorgung müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden, damit so unter anderem zu pflegende Menschen möglichst lange in ihrer eigenen Wohnung bleiben können. Als Bündnisgrüne sprechen wir uns klar für einen allgemein verbindlichen Tarifvertrag aus. Wir appellieren daher vor allem an die kirchlichen Sozialverbände, aber auch an alle anderen Anbieterstrukturen diesen zu unterstützen. Mit dem Entlastungstarifvertrag von Charité und Vivantes haben wir einen guten Grundstein für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege geschaffen. Auch die Tarifpflicht für Pflegeeinrichtungen ist ein Erfolg für Pflegenden in Berlin.

Darüber hinaus wollen wir aber auch pflegende Angehörige weiter unterstützen. So wollen wir ihr Recht auf Mitsprache ausbauen und sie besser informieren und entlasten. Das Kompetenzzentrum Pflegeunterstützung zur Entlastung von pflegenden Angehörigen und anderen Bezugspersonen soll ausgebaut und verstetigt werden. Als Berliner Landesregierung haben wir bereits eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines Familienpflegegeldes gestartet, eine Lohnersatzleistung ähnlich dem Elterngeld. Hier werden wir weiter Druck machen.

**9. Hat Ihre Partei Pläne die ambulanten und stationären palliativen Versorgungsstrukturen (AAPV, SAPV sowie Palliativstationen und -teams) in Berlin zu stützen und auszubauen? Wenn ja, welche Pläne sind das?**

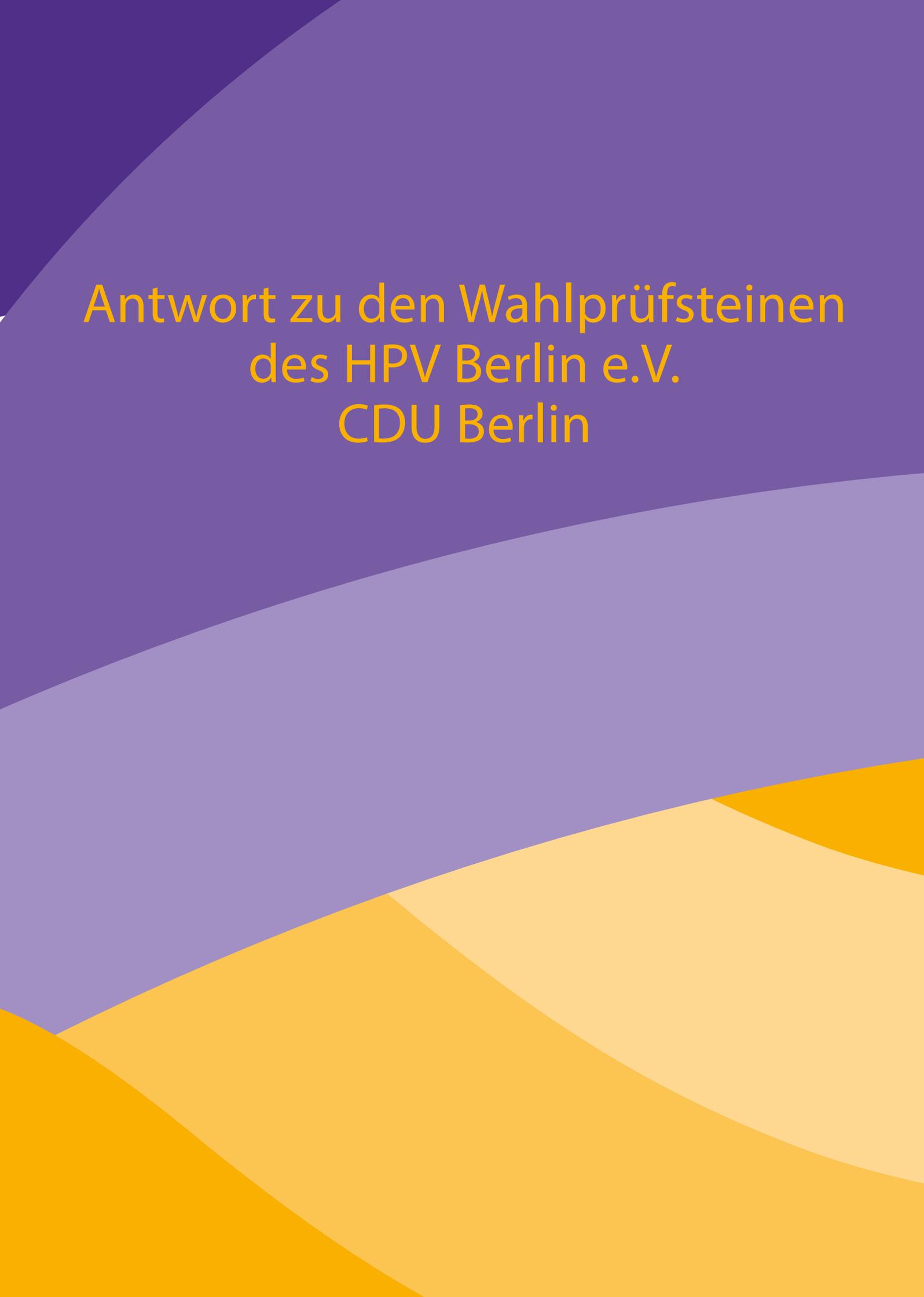
Wir setzen uns dem Bund gegenüber für mehr (Kinder-) Hospize, (Teil-) Palliativstationen, die Stärkung der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV) und einen höheren Personalschlüssel ein. Uns ist bewusst, dass die Versorgung immer noch Lücken aufweist. Diese werden wir versuchen durch das Steigern der Kapazitäten in diesem Bereich zu schließen.

**10. Wie steht Ihre Partei zu den regionalen Hospiz- und Palliativnetzwerken für das Care Management nach dem neuen §39d SGB V? Sieht Ihr Partei- und/oder Wahlprogramm die aktive Unterstützung für den Aufbau und die Arbeit dieser Netzwerke vor?**

Gute Netzwerkkoordination in der Hospiz- und Palliativversorgung sind essentiell für niedrigschwellige Versorgung. Gemäß § 39d SGB V werden Landesverbände der Krankenkassen und die Ersatzkassen sich an der Finanzierung der Koordination von Aktivitäten in regionalen Hospiz- und Palliativnetzwerken beteiligen. Die Fördersumme der Krankenkassen beträgt maximal 15.000 Euro für Personal- und Sachkosten einer Netzwerkkoordination. Die Förderung setzt voraus, dass sich der Kreis oder die kreisfreie Stadt an der Finanzierung der Netzwerkkoordination in jeweils gleicher Höhe wie die Kassen beteiligt. Sobald die Förderrichtlinien vom Spitzenverband Bund der Krankenkassen vorliegen, werden wir hier auf Landesebene einen Plan zur Umsetzung dieser Richtlinie erstellen. Mittel zur Förderung sind bereits im Doppelhaushalt 2022/2023 eingeplant.

**11. Wie steht Ihre Partei einem interfraktionellen Gesprächskreis Hospiz- und Palliativarbeit in Berlin gegenüber?**

Für gelungene Kommunikation zwischen den Fraktionen, mit Fachpersonal und wichtigen Vertreter\*innen der Hospiz- und Palliativversorgungslandschaft setzen wir auf den Runden Tisch Palliativ- und Hospizversorgung, welchen wir weiterführen werden und selbstverständlich stehen wir auch einem weiteren interfraktionellen Gesprächskreis offen gegenüber.



Antwort zu den Wahlprüfsteinen  
des HPV Berlin e.V.  
CDU Berlin

Wahlprüfsteine vom Hospiz- und PalliativVerband Berlin e.V. anlässlich der Nachwahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 12. Februar 2023

- 1. Wie steht Ihre Partei grundsätzlich zum Thema Hospiz- und Palliativversorgung und gibt es hierzu Aussagen im Parteiprogramm?**
- 2. Gibt es in Ihrem Wahlprogramm Aussagen zur hospizlich-palliativen Versorgung und wie sehen diese konkret aus?**
- 3. Hat Ihre Partei konkrete Pläne zur Unterstützung und Weiterentwicklung der Berliner Hospiz- und Palliativarbeit?**

*In unserem Regierungsprogramm für die Bundestagswahl 2021 steht, dass für uns Grundlage für eine gute Gesundheitsversorgung die Patientensouveränität ist. Dieser Grundsatz ist für Patientinnen und Patienten mit einer nicht heilbaren und fortgeschrittenen Erkrankung mit begrenzter Lebenserwartung unabhängig von Herkunft, Alter, physischer oder psychischer Konstitution- von zentraler Bedeutung. Ziel ist es für uns, sterbenden Menschen ein würdiges Leben bis zum Tod zu ermöglichen und ihre Selbstbestimmung zu erhalten und zu fördern. Dies sind für uns christliche Werte, die wir mit unserer Politik vertreten wollen. Der Zugang zur Hospiz- oder Palliativversorgung muss für alle Menschen garantiert sein. Wir setzen uns gegen eine Kommerzialisierung von Sterbehilfe ein.*

Krankheit und Sterben sind Teil des Lebens. Mit steigender Lebenserwartung sowie medizinischem und technischem Fortschritt gewinnt die Frage einer menschenwürdigen Sterbebegleitung zunehmend an Bedeutung. Wir orientieren uns dabei am christlichen Menschenbild.

Die CDU Berlin bekannte sich in ihrem Wahlprogramm zur Abgeordnetenhauswahl 2021, welches nach wie vor Gültigkeit hat, grundsätzlich zu einem leistungsfähigen Gesundheitssystem, das jeder Bürgerin und jedem Bürger eine Versorgung auf höchstem Niveau ermöglicht. Auch in Zukunft muss jeder in unserer Stadt Zugang zu einer guten wohnortnahen medizinischen Versorgung haben und am medizinischen Fortschritt teilhaben können, unabhängig von seinem Einkommen, Alter oder gesundheitlichen Zustand. Das gilt für uns selbstverständlich auch für die hospizlich-palliative Versorgung der Berlinerinnen und Berliner.

Wir wollen, dass alle Menschen am Ende ihres Lebens die Betreuung und den Beistand erhalten, den sie benötigen. Niemand soll allein gelassen werden. Die meisten Menschen wünschen, dass das medizinisch Notwendige und Sinnvolle für sie getan wird. Deshalb steht für uns die Gewährleistung einer flächendeckenden, gerade auch ambulanten Palliativversorgung und Hospizdienste im Vordergrund. Sie sind ein humaner Gegenentwurf zur aktiven Sterbehilfe, die wir ablehnen.

Wir wollen außerdem die Rahmenbedingungen für schwerstkranke Menschen am Lebensende in Berlin weiter verbessern. Schwerstkranken und Sterbenden sollen bis zuletzt Lebensqualität sowie ein Abschied in Würde und Geborgenheit ermöglicht werden. Wir brauchen noch mehr öffentliche Aufmerksamkeit, um einen anderen gesellschaftlichen Umgang mit den schwierigen Themen Sterben, Tod und Trauer zu erreichen. Schwerkranke und sterbende Menschen sollen in unserer Stadt und in unserem Land darauf vertrauen können, dass sie Pflege, Geborgenheit, Fürsorge und Zuwendung erhalten und ihre Wünsche und Bedürfnisse wahrgenommen und respektiert werden. Sie sollen möglichst bis zum Lebensende in ihrer gewohnten und vertrauten Umgebung bleiben und ihr Leben in Frieden und Würde beschließen können.

#### **4. Welche Position vertritt Ihre Partei zur sog. Sterbehilfe und zur Geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung nach §217 StGB?**

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dass das Verbot der geschäftsmäßigen Suizidbeihilfe verfassungswidrig ist, halten wir es für notwendig, eine gesetzliche Neuregelung zu erarbeiten. Ansonsten bestünde ein hohes Maß an Rechtsunsicherheit, was die Wahrscheinlichkeit eines Missbrauchs der Suizidhilfe erhöhen würde. Eine gesetzliche Neuregelung der Suizidhilfe muss ein umfassendes Schutzkonzept enthalten, das im Rahmen der verfassungsgerichtlichen Vorgaben die bestmögliche Begleitung, Unterstützung und den bestmöglichen Schutz von Menschen am Ende ihres Lebens ermöglicht. Es soll sowohl das Recht eines Sterbewilligen auf ein selbstbestimmtes Sterben achten als auch den Einzelnen vor einer Selbsttötung schützen, die nicht auf einem selbstbestimmten Entschluss beruht. Das Schutzkonzept muss daher unter allen Umständen vermeiden, dass alte, kranke oder einsame Menschen im gesellschaftlichen oder privaten Umfeld unter Druck geraten, Angebote der Suizidassistenz wahrzunehmen. Wir wollen keine Gesellschaft, in der professionelle Angebote der Suizidassistenz zu einem Normalfall werden. Konkret sollte eine gesetzliche Neuregelung einen Schwerpunkt auf die Verbesserung der hospizlichen und palliativen Angebote legen und sie mit Maßnahmen der Suizidprävention verbinden. Zudem sollte sie klarstellen, dass es keine Verpflichtung zur Suizidbeihilfe geben darf – weder für Ärzte noch für die Träger von Pflegeheimen. Weiterhin sollte sie klare Bedingungen definieren, unter denen Ärztinnen und Ärzte Sterbehilfe leisten dürfen.

Auch strafrechtliche Aspekte spielen dabei eine Rolle: So halten wir ausdrücklich am Verbot der Tötung auf Verlangen (§ 216 StGB) fest und lehnen die aktive Tötung physisch oder psychisch schwerkranker Menschen ab. Die geschäftsmäßige Beihilfe zur Selbsttötung sollte weiterhin grundsätzlich unter Strafe belassen werden. Die konkrete rechtliche Ausgestaltung des Schutzkonzepts wird im Verlauf der parlamentarischen und auch gesamtgesellschaftlichen Diskussionen näher zu bestimmen sein. Es ist uns wichtig, eine umfassende und ausführliche Debatte in Parlament und Gesellschaft zu führen.

Doch war es – und wird es auch künftig sein – eine ethisch-moralische Frage, bei der kein Fraktionszwang galt und die Abstimmungen im Deutschen Bundestag unterschiedlich quer durch die Fraktionen gingen. Insofern wird es aufgrund unterschiedlicher persönlicher Einstellungen sicherlich keine einzige geschlossene Position der Partei geben, in welche Richtung die derzeitige Rechtslage fortentwickelt werden kann.

#### **5. Welche Strategien und konkreten Pläne verfolgt Ihre Partei, um allen Menschen, z.B. auch den hochbetagten oder behinderten Menschen, ein gutes Lebensende und Sterben in Würde zu ermöglichen?**

Wir sind in unserem Handeln vom christlichen Menschenbild geleitet. Aus dem christlichen Menschenbild folgt, dass das Leben in jeder Phase geschützt werden muss. Staatliches Handeln steht für uns daher in der Verpflichtung, die Würde und die Selbstbestimmung jedes einzelnen Menschen sowie die uneingeschränkte Achtung für das Leben in all seinen Phasen in den Mittelpunkt gesetzlicher Regelungen und staatlicher Maßnahmen zu stellen. Der Gesetzgeber hat hier also ein berechtigtes Schutzanliegen, das das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung auch anerkannt hat. Daher halten wir es für wichtig und erforderlich, staatlich anerkannte Beratungsstellen als Teil des legislativen Schutzkonzeptes einzurichten.

Die demografische Entwicklung führt dazu, dass der Bedarf an ambulanten pflegeunterstützenden Wohnformen und neuen stationären, wohnortnahen Pflegeeinrichtungen auch in Zukunft immer weiter steigen wird. Die Zahl der Pflegeplätze in unserer Stadt gilt es daher kontinuierlich auszubauen und dabei auch dafür Sorge zu tragen, dass eine gleichmäßige Verteilung auf alle Berliner Bezirke

sichergestellt ist. Hier ist der Fokus verstärkt auf die Stadtteile jenseits des S-Bahn-Rings zu legen, in denen besonders viele ältere Bürgerinnen und Bürger leben. Den Betroffenen fällt es häufig leichter, innerhalb des angestammten Kiezes in ein Pflegeheim zu ziehen, anstatt "ans andere Ende der Stadt". Zudem kann so gewährleistet werden, dass die Pflegebedürftigen aufgrund kürzerer Wege den Kontakt zu ihren Angehörigen nicht verlieren. Daher müssen entsprechende Anreize für die Ansiedlung von Pflegeheimen sowie die erforderliche Infrastruktur in Form von Pflegestationen auch in den Außenbezirken vorhanden sein. In Berlin sind viele, vor allem ältere Menschen einsam. Jeder 10. Einwohner im Land Berlin leidet an ungewollter Einsamkeit mit allen negativen Folgen für die leibliche und seelische Gesundheit. Das wollen wir ändern, denn es gibt nichts Schrecklicheres als einsam zu sein und sich allein zu fühlen. Wir wollen, dass das Thema mehr Aufmerksamkeit bekommt und es mehr Angebote für einsame Menschen in unserer Stadt gibt. Deshalb haben wir bereits im Dezember 2019 unseren ersten Einsamkeitstreffen initiiert, bei dem deutlich wurde: Einsamkeit ist kein Problem, das man auf Knopfdruck löst. Es hat vielfältige Ursachen und Ausdrucksformen. Die CDU Berlin fordert deshalb einen Einsamkeitsbeauftragten, der nicht nur Zeichen setzt gegen soziale Isolation, sondern auch Maßnahmen koordiniert, kontrolliert, ein gut funktionierendes Hilfesystem aufbaut und Konzepte entwickelt. Außerdem setzen wir uns für ein stadtweites Bündnis gegen Einsamkeit sowie einen Runden Tisch „Einsamkeit in der Großstadt“ ein. Bisher wurden all diese Initiativen von der rot-rot-grünen bzw. rot-grün-roten Regierungskoalition bedauerlicherweise ausgebremst, vertagt und abgelehnt.

**6. Hat Ihre Partei Strategien und Pläne Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen in der Wohnungslosigkeit die Hospiz- und Palliativversorgung zu ermöglichen? Wenn ja, welche?**

Wir wollen, dass alle Menschen am Ende ihres Lebens die Betreuung und den Beistand erhalten, den sie benötigen. Niemand soll alleine gelassen werden. Die Clearingstelle leistet wertvolle Arbeit. Wir werden die Erfahrungen seit 2018 auswerten und sicherstellen, dass Unversicherte auch in Zukunft Rat und Auskunft über die medizinischen Versorgungsstrukturen in Berlin erhalten.

**7. Wie wird Ihre Partei die sektoren- und ressortübergreifende Betreuung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit lebensverkürzenden Erkrankungen gestalten?**

Insgesamt müssen in der gesundheitlichen Versorgung die Besonderheiten von Kindern und Jugendlichen zukünftig noch mehr Beachtung finden. Wir werden im engen Austausch mit Expertinnen und Experten nach Lösungen suchen und geeignete Maßnahmen entwickeln, um die sektoren- und ressortübergreifende Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit lebensverkürzenden Erkrankungen sicherzustellen.

**8. Der Kreis derer, die einer hospizlich-palliativen Sorge bedürfen, steigt stetig. Dem stehen eine Ressourcenknappheit und ein Fachkräftemangel gegenüber. Welche Ansätze verfolgt Ihre Partei, um diese Diskrepanz zu entschärfen?**

Wir wollen gemeinsam mit Arbeitgebern und Beschäftigten von Gesundheitseinrichtungen ein umfassendes Personal-Konzept entwickeln, das die Häuser in die Lage versetzt, mit genügend und befähigtem Personal ihre wichtigen Aufgaben zu bewältigen. Das schließt selbstverständlich auch die hospizlich-palliative Sorge ein.

- 9. Hat Ihre Partei Pläne, die ambulanten und stationären palliativen Versorgungsstrukturen (AAPV, SAPV sowie Palliativstationen und -teams) in Berlin zu stützen und auszubauen? Wenn ja, welche Pläne sind das?**

**Arbeitspapier zur AAPV – Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin und Deutscher Palliativ und Hospiz e.V**

Die Versorgungsstrukturen haben selbstverständlich bedarfsgerecht zu sein und müssen wegen der zu erwartenden stärkeren Inanspruchnahme aufgrund der demographischen Entwicklung weiter ausgebaut werden. Dabei sind die Mangellagen bei geeigneten Flächen und Fachpersonal zwei wichtige Punkte bei den stationären Versorgungsstrukturen, die von der Politik aktiv angegangen werden müssen, um einen Ausbau überhaupt zu ermöglichen. Auch muss der Wunsch vieler Menschen, zu Hause in ihrem vertrauten Umfeld zu sterben, erfüllt werden und dafür ausreichende ambulante Versorgungsstrukturen angeboten werden.

- 10. Wie steht Ihre Partei zu den regionalen Hospiz- und Palliativnetzwerken für das Care Management nach dem neuen §39d SGB V? Sieht Ihre Partei- und/oder Wahlprogramm die aktive Unterstützung für den Aufbau und die Arbeit dieser Netzwerke vor?**

Die Neuregelung geht zurück auf ein Vorhaben der alten Bundesregierung, was wir positiv sehen. Da es kein komplett neues Wahlprogramm zur Wiederholungswahl gibt, trifft das alte Wahlprogramm hierzu keine Aussage. Da der Gesetzgeber den Aufbau und die Förderung der Netzwerkstruktur vorsah, sollte dies folgerichtig aktiv unterstützt werden.

- 11. Wie steht Ihre Partei einem interfraktionellen Gesprächskreis Hospiz- und Palliativarbeit in Berlin gegenüber?**

Der CDU ist immer daran gelegen, im Austausch mit Expertinnen und Experten mögliche Problemfelder zu erörtern und zu beraten und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Diesen Austausch werden wir insbesondere in Regierungsverantwortung intensivieren, um zu garantieren, dass bereits frühzeitig Expertenwissen in die Entscheidungsfindung auf allen politischen Ebenen einfließt. Deswegen unterstützen wir das Vorhaben eines interfraktionellen Gesprächskreis zur Hospiz- und Palliativarbeit.

Hospiz- und Palliativversorgung

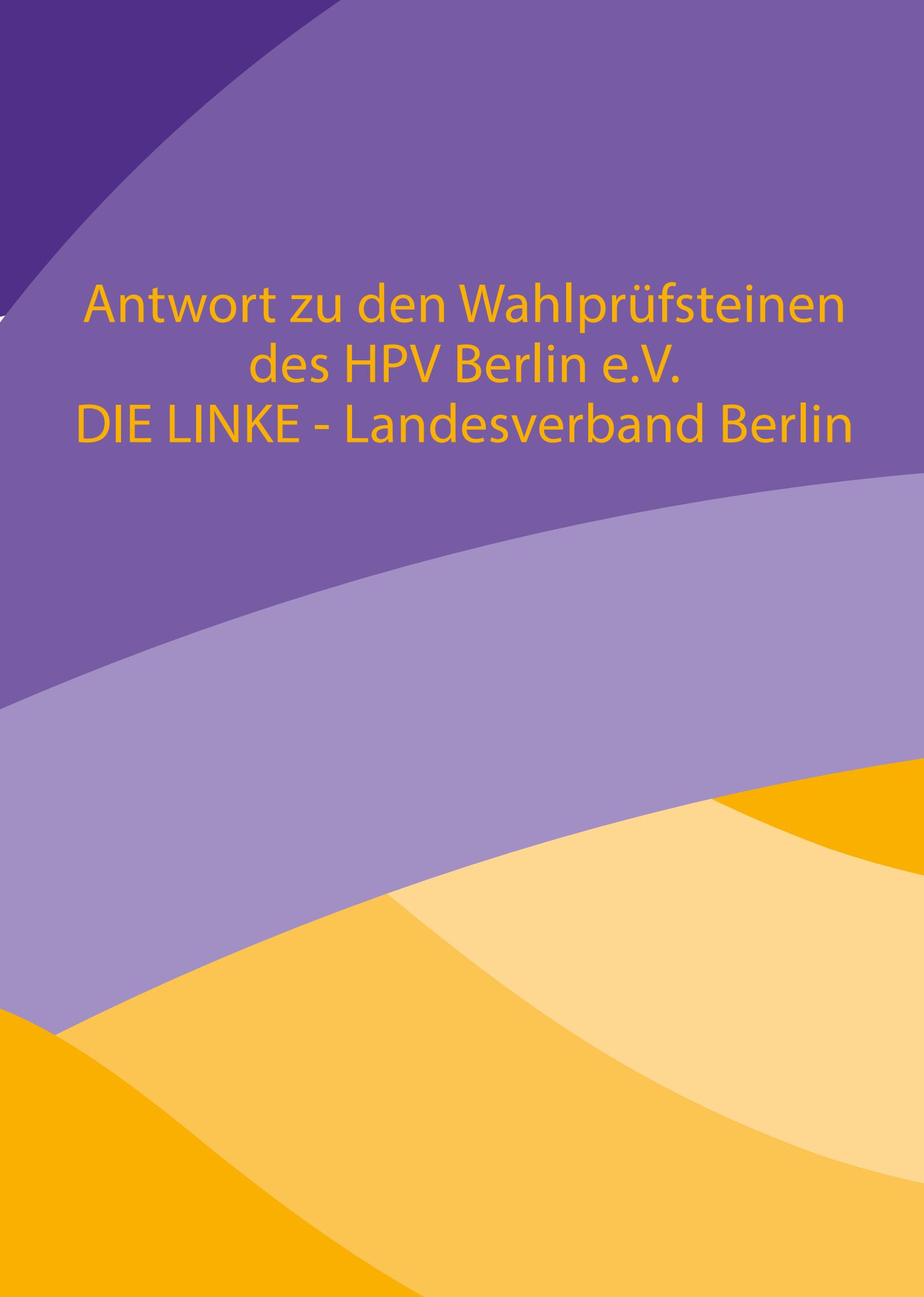
MV:

[https://www.cdu-fraktion.de/news-details.html?&tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=7441&cHash=b6b0bd68b09cecfa8e0412400463503e](https://www.cdu-fraktion.de/news-details.html?&tx_ttnews%5Btt_news%5D=7441&cHash=b6b0bd68b09cecfa8e0412400463503e)

Schleswig-Holstein:

<https://www.cdu.ltsh.de/pressemitteilung/top-15-Für-eine-angemessene-Hospiz-und-Palliativmedizin.html>





Antwort zu den Wahlprüfsteinen  
des HPV Berlin e.V.  
DIE LINKE - Landesverband Berlin

DIE LINKE. Landesverband Berlin, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

**Hospiz- und Palliativ-Verband Berlin e.V.**

Per Mail an: [hpv@hospiz-berlin.de](mailto:hpv@hospiz-berlin.de) und  
[luther@hospiz-berlin.de](mailto:luther@hospiz-berlin.de)

**Sebastian Koch**  
Landesgeschäftsführer

**Landesvorstand Berlin**  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin

Telefon +49 30 / 24 00 93 01  
Telefax +49 30 / 24 00 92 60

[sebastian.koch@dielinke.berlin](mailto:sebastian.koch@dielinke.berlin)  
[www.dielinke.berlin](http://www.dielinke.berlin)

Berlin, den 20. Januar 2023

**Betr. Wahlprüfstein von Hospiz- und Palliativ-Verband Berlin e.V.**

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Erstellung und Zusendung des Wahlprüfsteins von Hospiz- und Palliativ-Verband Berlin e.V.

Im Folgenden finden Sie die Antworten der Partei DIE LINKE. Berlin.

**1. Wie steht Ihre Partei grundsätzlich zum Thema Hospiz- und Palliativversorgung und gibt es hierzu Aussagen im Parteiprogramm?**

Die Würde des Menschen zu wahren, ist insbesondere in der Lebensphase des Sterbens eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Palliativversorgung ist Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Für eine hochwertige Palliativversorgung und Sterbebegleitung braucht es eine, alle Versorgungsformen verbindende, bundesweite Gesamtstrategie auf der Basis einheitlicher Qualitätsstandards, die bedarfsgerecht finanziert werden muss.

Wir wollen eine gesamtstädtische Gesundheitsplanung einführen. Diese Gesundheitsplanung soll neben der Quantität auch die Qualität der Versorgung und Angebote erfassen und den tatsächlichen Bedarfen der Berliner:innen gegenübergestellt werden. Dort werden wir die Hospiz- und Palliativversorgung einbinden und auf dieser Planungsbasis weiterentwickeln.

**2. Gibt es in Ihrem Wahlprogramm Aussagen zur hospizlich-palliativen Versorgung und wie sehen diese konkret aus?**

Die Hospiz- und Palliativversorgung wird in unserem Wahlprogramm nicht explizit erwähnt. Die Hospizarbeit verstehen wir aber als einen Bestandteil unseres ganzheitlichen Ansatzes der niedrigschwelligen, für alle Berliner:innen zugänglichen bedarfsgerechten Gesundheits- und Pflegeversorgung. Die Maßstäbe, die dem zugrunde liegen, wie soziale Teilhabe und

Selbstbestimmung sowie wohnortnahe, barrierefreie und altersgerechte Versorgungsstrukturen, müssen für alle Menschen bis ans Lebensende gelten.

### **3. Hat Ihre Partei konkrete Pläne zur Unterstützung und Weiterentwicklung der Berliner Hospiz- und Palliativarbeit?**

Für jede und jeden soll ein hochwertiges Palliativ- und Hospizangebot verfügbar und zugänglich sein – unabhängig von der Art der Erkrankung, dem Behandlungs- oder Sterbeort, der Versicherungsform oder der sozialen Situation. DIE LINKE. Berlin will eine gute und altersgerechte Gesundheitsversorgung, aufsuchend und aufklärend und ohne Verletzung der Selbstbestimmung. Die Entscheidungskompetenz durch Vorsorgevollmachten und Patientenverfügungen soll unabhängig vom Wohnort und sozialen Status gefördert werden.

Mehr Personal - gut, also tarifvertraglich, bezahlt - ist eine entscheidende Rahmenbedingung für einen würdevollen Umgang im Verlauf des Alterns bis zum Tod. Der Anspruch auf allgemeine (APV), allgemeine ambulante (AAPV) sowie spezialisierte ambulante Palliativversorgung (SAPV) soll für die Regelversorgung im SGB V und im SGB XI präzisiert werden. Pflegeheimbewohner:innen dürfen bezüglich des Anspruches auf eine stationäre Hospizbetreuung nicht länger benachteiligt werden. Palliativversorgung gehört verstärkt in die Gesundheits- und Pflegeausbildung sowie in die Bedarfsplanung (siehe Frage 1).

### **4. Welche Position vertritt Ihre Partei zur sog. Sterbehilfe und zur Geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung nach §217 StGB?**

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 2020 stellt den Gesetzgeber vor große Herausforderungen. Die Beratung von Sterbewilligen spielt in allen Initiativen, die von Abgeordneten der Linksfraktion im Bundestag mitgetragen wurden, eine große Rolle. Die meisten nichtstaatlichen Akteure leisten sehr wertvolle Arbeit, sind aber klar bestimmten Lagern beim Umgang mit der Suizidhilfe zuzuordnen. Eine ergebnisoffene und unabhängige Beratung ist so nur schwer zu gewährleisten.

Die Frage der sog. Sterbehilfe und geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung wird im Bundestag als eine Gewissensfrage behandelt, weswegen es auch keine Parteimeinung zu diesem Komplex gibt. Auf der Ebene des Abgeordnetenhauses wird über diese Frage nicht entschieden.

### **5. Welche Strategien und konkreten Pläne verfolgt Ihre Partei, um allen Menschen, z.B. auch den hochbetagten oder behinderten Menschen, ein gutes Lebensende und Sterben in Würde zu ermöglichen?**

Die soziale Teilhabe muss auch für chronisch kranke und pflegebedürftige Menschen sowie ihre Angehörigen konsequent in allen Versorgungszusammenhängen sichergestellt und ausgebaut werden. Wichtige Aspekte zur Sicherung gesellschaftlicher Teilhabe sind kurze Wege und barrierefreie Zugänge zu Einrichtungen der Daseinsvorsorge wie Verkaufsstellen, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen sowie zu Ämtern und Behörden. Ebenso ein mobilitätssichernder öffentlicher Personennahverkehr. Für die Verbesserung und Sicherung der Mobilität älterer Menschen ist es notwendig, dass lückenlose Mobilitätsketten entstehen. Hierzu bedarf es auch einer verbindlich geregelten kommunalen Altenhilfestruktur. Wir setzen uns für eine professionelle integrierte Sozialberatung aus einer Hand ein, um bei Unterstützungsbedarf schnelle und einfache Zugänge zu bedarfsgerechten Angeboten zu schaffen.

Wir fühlen uns dabei der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen verpflichtet. Wir setzen uns für die konsequente Verwirklichung des Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und das dauerhafte Monitoring ihrer Umsetzung ein. Wir wollen die Teilhabeberichterstattung weiter verbessern.

## **6. Hat Ihre Partei Strategien und Pläne Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen in der Wohnungslosigkeit die Hospiz- und Palliativversorgung zu ermöglichen? Wenn ja, welche?**

Wir wollen übergeordnet sicherstellen, dass alle Menschen in Berlin einen Zugang zur Hospiz- und Palliativversorgung haben – unabhängig vom Alter, Gesundheitszustand, sozialen Status oder soziokulturellen Hintergrund. Dafür müssen bestehende Hürden abgebaut werden, die zum Beispiel in Form von Sprachbarrieren bestehen. Die „Interkulturellen BrückenbauerInnen in der Pflege“ sind ein gutes Beispiel, wie für Menschen mit geringen Deutschkenntnissen in einer vertrauensvollen Atmosphäre ein Zugang zum Pflegesystem hergestellt werden kann. Dies ist in Kombination mit den Pflegestützpunkten ein wichtiger Baustein. Die Pflegestützpunkte wollen wir zudem in ihren Beratungs- und Entscheidungskompetenzen stärken, personell aufstocken und mittelfristig zu einer integrierten Sozialberatung weiterentwickeln. Das Ziel muss lauten: „Beratung aus einer Hand, für alle Menschen mit Beratungsbedarf.“ Wir würden gern mit Interessenvertreter:innen und Hospizen darüber reden, ob und in welchem Umfang hier Erfahrungen übernommen werden können.

Wir haben in der letzten Legislaturperiode viel im Bereich der Wohnungslosenhilfe auf den Weg gebracht. Im Mittelpunkt muss weiterhin stehen: Prävention vor Wohnraumverlust und die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum. Wir haben eine gesamtstädtische Steuerung der Unterbringung von wohnungslosen Menschen vorangetrieben und wollen das Unterbringungssystem perspektivisch zu einer sozialen Wohnraumversorgung umbauen. In diesem Zusammenhang wollen wir gemeinsam mit Ihnen prüfen, wie auch die Hospiz- und Palliativversorgung auf dieser Grundlage stärker eingebunden werden kann.

## **7. Wie wird Ihre Partei die sektoren- und ressortübergreifende Betreuung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit lebensverkürzenden Erkrankungen gestalten?**

Hierzu wollen wir mit Ihnen und den Betroffenenverbänden den Dialog suchen und die Versorgungsstrukturen für Kinder, Jugendliche und junge Menschen mit lebensverkürzenden Erkrankungen gemeinsam weiterentwickeln. Dies wird zudem Bestandteil einer gesamtstädtischen Gesundheitsplanung sein.

Generell ist die Versorgung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit chronischen Erkrankungen und Pflegebedürftigkeit für die Betroffenen eine große Herausforderung. Das hängt nicht zuletzt mit den komplizierten Schnittstellen zwischen den Sozialgesetzbüchern XIII, IX und XI zusammen, die sich in das konkrete Unterstützungssystem übertragen. Für die Betroffenen muss es egal sein, welcher Kostenträger aus welchem Sozialgesetzbuch, welche Leistung finanziert und ob eine Leistung der Jugend- oder Behindertenhilfe zuzuschreiben ist. Die Beantragung und Abrechnung von Leistungen muss einfacher ausgestaltet und unnötiger bürokratischer Aufwand abgebaut werden. Dafür wollen wir uns auch auf Bundesebene einsetzen.

Projekte wie „Menschenkind“ müssen weitergeführt werden, da sie es den Betroffenen ermöglichen, sich schnell im Versorgungssystem zurecht zu finden. Hier ist eine gelingende Vernetzung mit der

Hospiz- und Palliativversorgung wichtig. Selbsthilfeangebote wollen wir auch für pflegende Eltern ausbauen und Selbsthilfeinitiativen finanziell fördern. Wir werden den Betroffenenverbänden dabei helfen, dass ihre Stimme im Gesundheits- und Pflegesystem lauter wahrgenommen wird und sie auf Augenhöhe in alle gesundheits- und pflegepolitischen Gremien mit Stimmrecht eingebunden werden.

**8. Der Kreis derer, die einer hospizlich-palliativen Sorge bedürfen, steigt stetig. Dem steht eine Ressourcenknappheit und ein Fachkräftemangel gegenüber. Welche Ansätze verfolgt Ihre Partei, um diese Diskrepanz zu entschärfen?**

Mehr Personal - gut, also tarifvertraglich bezahlt - ist eine entscheidende Rahmenbedingung für einen würdevollen Umgang im Verlauf des Alterns bis zum Tod (siehe Frage 3). Insbesondere braucht es in der Pflege bessere Arbeitsbedingungen, mehr Personal und höhere Löhne. Nur so werden wir mehr Menschen für den Pflegberuf begeistern, einen frühen Berufsausstieg vermeiden und bereits ausgestiegene Pflegekräfte zurückgewinnen. Eine aktuelle Studie von der Arbeitnehmerkammer Bremen zeigt, dass ein hohes Pflegefachkräftepotential bzw. Rückgewinnungspotential besteht, das aber nur über bessere Arbeitsbedingungen reaktiviert werden kann. Insgesamt braucht es dafür einen Maßnahmen-Mix:

- höhere Gehälter für alle Pflegebeschäftigten und ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag mit Bezahlung nach TVöD in allen Bereichen der Pflege;
- landeseinheitliche Standards für eine bedarfsgerechte Personalausstattung und einrichtungsspezifische Fachkraftquote in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen;
- Ausbau digitaler Unterstützungsmöglichkeiten zur Entlastung der Beschäftigten müssen ausgebaut werden;
- Pflegeassistent: qualitativ gute Ausbildung nach einem berufseinheitlichen Curriculum und mit dem Ziel eines staatlich anerkannten Abschlusses;
- Unterstützung von ausländischen Pflegekräften mittels eines Portals für die Beratung zu aufenthalts- und arbeitsrechtlichen Fragen einrichten;
- gebührenfreie Aus- und Fortbildung in Gesundheitsberufen mit Vergütung der Arbeitsleistungen während der Ausbildung.

Zudem werden wir die über 200.000 pflegenden Angehörigen in Berlin umfassend unterstützen und entlasten z. B. über ein Förderprogramm zum Ausbau der Kurzzeit- und Tagespflege.

**9. Hat Ihre Partei Pläne die ambulanten und stationären palliativen Versorgungsstrukturen (AAPV, SAPV sowie Palliativstationen und -teams) in Berlin zu stützen und auszubauen? Wenn ja, welche Pläne sind das?**

Wir setzen uns im Bund dafür ein, dass ein Anspruch auf allgemeine (APV), allgemeine ambulante (AAPV) sowie spezialisierte ambulante Palliativversorgung (SAPV) für die Regelversorgung im SGB V und im SGB XI präzisiert werden. In Berlin setzen wir uns dafür ein, dass die Palliativversorgung verstärkt in der Bedarfsplanung berücksichtigt wird. Ein Instrument zur besseren Sektorenübergreifenden Steuerung von Versorgungsfragen ist das gemeinsame Landesgremium nach 90a SGB V. Als Koalition haben wir uns vorgenommen, das Gremium weiterzuentwickeln. Zukünftig sollen dort auch Fragen der Hospiz- und Palliativversorgung behandelt werden.

**10. Wie steht Ihre Partei zu den regionalen Hospiz- und Palliativnetzwerken für das Care Management nach dem neuen S39d SGB V? Sieht Ihr Partei- und/oder Wahlprogramm die aktive Unterstützung für den Aufbau und die Arbeit dieser Netzwerke vor?**

Wir unterstützen die Vernetzung von regionalen Akteurinnen und Akteuren wie Pflegedienste, Ärztinnen und Ärzte, ambulante Hospizdienste, SAPV-Teams oder auch allgemeine bezirkliche oder kirchliche Angebote. Dabei gilt es insbesondere die professionellen und ehrenamtlichen Strukturen zu vernetzen und eine bessere Ergänzung zu erreichen. Dazu wollen wir auch finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.

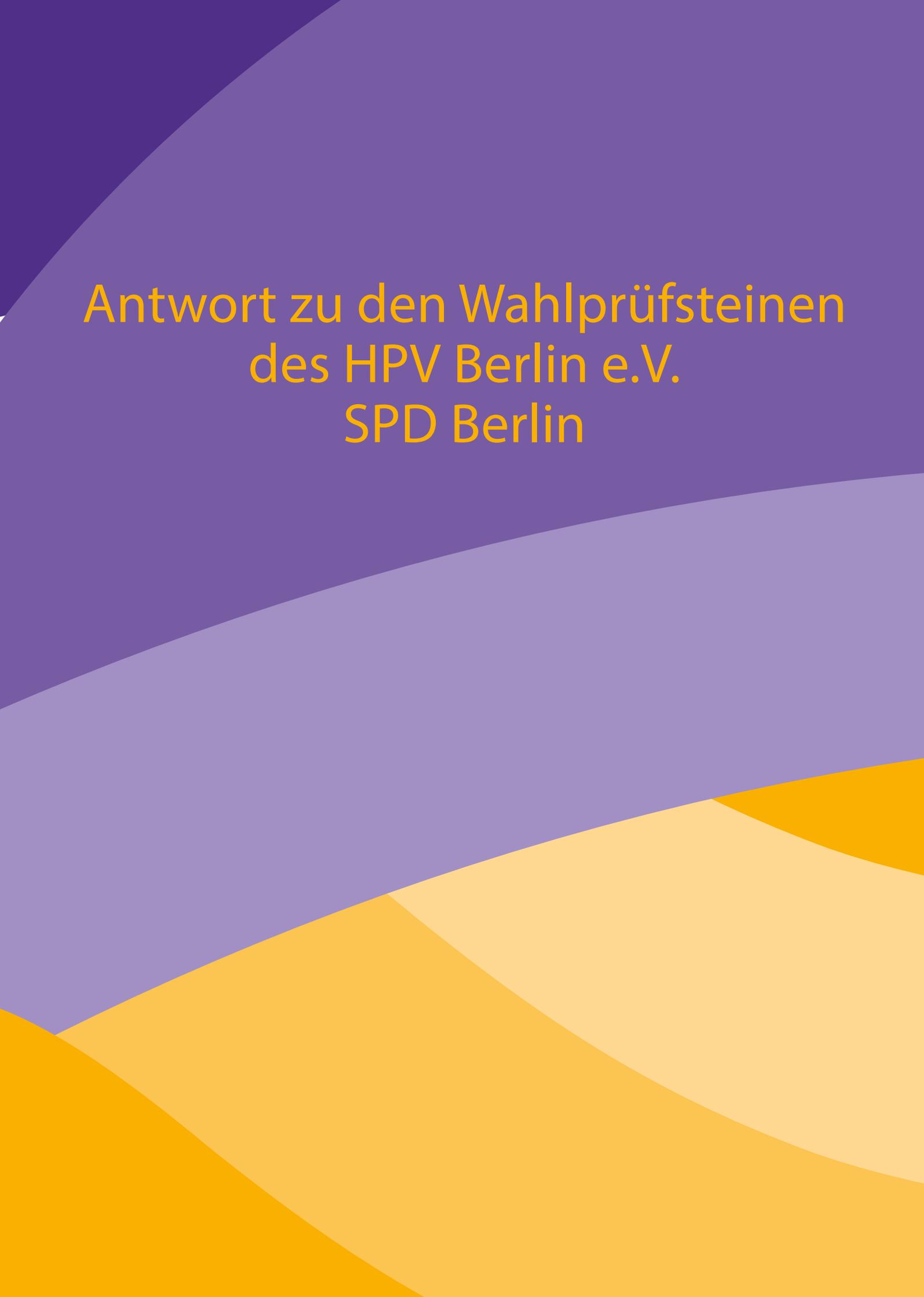
**11. Wie steht Ihre Partei einem interfraktionellen Gesprächskreis Hospiz- und Palliativarbeit in Berlin gegenüber?**

Einen interfraktionellen Gesprächskreis Hospiz- und Palliativarbeit, wie es ihn in ähnlicher Form bereits gegeben hat, sehen wir positiv. Es ist in unserem Interesse, die Hospizbewegung und Palliativversorgung über Fraktionsgrenzen hinweg zu beraten. Uns ist dabei die Einbindung aller Akteurinnen und Akteure wichtig. Neben Abgeordneten müssen Interessengemeinschaften wie der Hospiz- und Palliativ-Verband Berlin e.V. dort ebenso vertreten sein wie die Akteure der professionellen und ehrenamtlichen Versorgungsstrukturen.

Mit freundlichen Grüßen



Sebastian Koch



Antwort zu den Wahlprüfsteinen  
des HPV Berlin e.V.  
SPD Berlin



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS  
LANDESVERBAND BERLIN

**Kurt-Schumacher-Haus**  
Müllerstraße 163  
13353 Berlin  
Landesgeschäftsführer:  
Sven Heinemann

**An**

Herrn Markus Luther  
Hospiz- und PalliativVerband Berlin e.V.  
Brabanter Straße 21  
10713 Berlin

**Per E-Mail an**

hpv@hospiz-berlin.de

Hotline: 030 - 4692-222  
berlin@spd.de  
Web: SPD.Berlin

Bei Rückfragen:  
dorothee.stahlberg@spd.de  
030-4692-170

Berlin, 6. Februar 2023

***IHRE WAHLPRÜFSTEINE ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2023***

Sehr geehrter Herr Luther,

haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage und das Interesse an unserem Wahlprogramm.

Unser Programm, mit dem wir 2021 angetreten sind, ist auf fünf Jahre ausgelegt. Es gilt weiterhin, auch bei der Wiederholung der Wahl am 12. Februar 2023. Die meisten unserer Vorschläge und Ideen konnten wir im Koalitionsvertrag einbringen, vieles ist in der Umsetzung oder sogar bereits umgesetzt. Ergänzend dazu haben wir einen Leitantrag zu den aktuellen Herausforderungen aus der Energiepreis- und Teuerungskrise beschlossen. All das und viele weitere Informationen finden Sie auf unserer Internetseite unter <https://spd.berlin/wahl>.

Wir um Ihr Verständnis, dass wir aus redaktionellen Gründen einige Fragen zusammengefasst beantwortet haben. Gerne bringen wir Sie auch mit der SPD-Bundestagsfraktion oder der parteiinternen Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) in Verbindung und würden Ihnen den Kontakt mit unserer gesundheitspolitischen Sprecherin in der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Frau Bettina König MdB, empfehlen.

Bei Fragen und weiterem Austauschbedarf stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung. Gerne bleiben wir weiterhin Ihr Ansprechpartner für Berliner Landespolitik und darüber hinaus.

Mit herzlichen Grüßen

i.A. Dorothee Stahlberg

***ZUSAMMEN BERLIN***

**Wie steht Ihre Partei grundsätzlich zum Thema Hospiz- und Palliativversorgung und gibt es hierzu Aussagen im Parteiprogramm?**

Für uns als Sozialdemokrat\*innen ist klar, dass Menschen insbesondere an ihrem Lebensende besonderer Solidarität bedürfen. In unserem Grundsatzprogramm haben wir fest verankert, dass jeder Mensch einen Anspruch auf ein Sterben in Würde hat. Dies ist für uns nicht verhandelbar, und niemals abhängig von Geschlecht, sexueller Identität, Alter, Behinderung, Familienstand, Migrations- oder Fluchtgeschichte.

**Gibt es in Ihrem Wahlprogramm Aussagen zur hospizlich-palliativen Versorgung und wie sehen diese konkret aus?**

**Hat Ihre Partei konkrete Pläne zur Umsetzung und Weiterentwicklung der Berliner Hospiz- und Palliativarbeit?**

**Hat Ihre Partei Strategien und Pläne Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen in der Wohnungslosigkeit die Hospiz- und Palliativversorgung zu ermöglichen? Wenn ja, welche?**

**Der Kreis derer, die einer hospizlich-palliativen Sorge bedürfen, steigt stetig. Dem stehen eine Ressourcenknappheit und ein Fachkräftemangel gegenüber. Welche Ansätze verfolgt Ihre Partei, um diese Diskrepanz zu entschärfen?**

**Welche Strategien und konkreten Pläne verfolgt Ihre Partei, um allen Menschen, z.B. auch den hochbetagten oder behinderten Menschen, ein gutes Lebensende und Sterben in Würde zu ermöglichen?**

Als Sozialdemokrat\*innen haben wir alle Generationen und alle Menschen unabhängig von möglichen Behinderungen und Beeinträchtigungen im Blick. Dazu gehört auch, dass wir die Bürger\*innen am Lebensende nicht allein lassen, sondern ihnen auch und gerade dann unsere Solidarität zukommen lassen und uns dafür einsetzen, dass alle Menschen in Würde sterben können. Hierzu gehört für uns auch, dass wir sicherstellen, dass allen Menschen eine würdevolle Bestattung ermöglicht wird. In Berlin haben wir uns auf Landesebene dafür eingesetzt, dass auch bei ordnungsbehördlichen Bestattungen künftig ein Mindestmaß an Würde in Form von Blumenschmuck, Musik und einer Grabrede sichergestellt wird.

Eine gute Gesundheitsversorgung für alle Berliner\*innen sicherzustellen, die von höchster Qualität und nah am Wohnort ist, hat für uns als SPD höchste Priorität. Auf den besonderen Status von Gesundheit und Pflege, die wir ganz klar als Menschenrechte betrachten, verweisen wir auch in unserem Wahlprogramm. Wir halten es für eine der wichtigsten staatlichen Aufgaben, für ein funktionierendes Gesundheitssystem zu sorgen. Die Gesundheitswirtschaft in der Metropolregion wollen wir insgesamt stärken. Wir brauchen ein klares Leitbild für die nächsten Jahrzehnte. Ein ausreichendes und gut ausgebildetes Pflegepersonal ist das Rückgrat einer bedarfsgerechten pflegerischen Versorgung. Gesundheitsberufe zu stärken ist ein zentrales Anliegen der SPD in Berlin. Dazu gehört für uns gute Bezahlung ebenso wie gute Arbeitsbedingungen. Wir werden die Ausbildungszahlen und Studienplätze für alle Gesundheits- und Pflegeberufe deutlich erhöhen und am Personalbedarf orientieren. Auch die Anzahl der Studienplätze für Lehrkräfte wird dem Bedarf angepasst und ein berufsbegleitendes Studium angeboten. Um Menschen ein Sterben in Würde zu ermöglichen, haben wir uns in unserem Wahlprogramm dazu bekannt, in Hospizen eine queer-sensible Qualifizierung und Zertifizierung umzusetzen. Zudem haben wir uns im letzten Koalitionsvertrag 2021 das Ziel gesetzt, den Runden Tisch Palliativ- und Hospizversorgung fortzusetzen und das dazugehörige Beratungsangebot zu verstetigen.

**Welche Positionen vertritt Ihre Partei zur sog. Sterbehilfe und zur Geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung nach §217 StGB?**

Derzeit wird auf Bundesebene in einem offenen Gesetzgebungsverfahren intensiv eine Neuregelung der assistierten Suizidhilfe erarbeitet. Dabei stehen drei Gesetzesentwürfe zur Auswahl, die von den Bundestagsabgeordneten in einem fraktionsübergreifenden Verfahren und entsprechend ihrer persönlichen Gewissensentscheidung abgestimmt werden. Als Berliner SPD bringen wir diesem Verfahren und entsprechend der Bedeutung des Themas unseren höchsten Respekt entgegen.

**Wie wird Ihre Partei die sektoren- und ressortübergreifende Betreuung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit lebensverkürzenden Erkrankungen gestalten?**

Die medizinische Versorgung durch Arztpraxen sollte durch einen kinderärztlichen Bereitschaftsdienst ergänzt werden, der Kinder und Jugendliche in Notfällen zu Hause behandelt. Erst kürzlich hat sich unsere Spitzenkandidatin und Regierende Bürgermeisterin gemeinsam mit der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus auch dafür ausgesprochen, einerseits eine zusätzliche Kinderklinik an der Charité zu etablieren und andererseits eine stärkere Bedarfsplanung der niedergelassenen Kinderärzt\*Innen zu forcieren und an aktuelle Entwicklungen anzupassen. Gerade Kinderkliniken brauchen stärkere landespolitische Unterstützung durch ein Landesinvestitionsprogramm. Ebenso sprechen wir uns für eine Änderung der Landesausbildungsverordnung aus, um noch mehr hochqualifizierte Pflegekräfte für die Kinderstationen auszubilden.

**Hat Ihre Partei Pläne die ambulanten und stationären palliativen Versorgungsstrukturen (AAPV, SAPV sowie Palliativstationen und -teams) in Berlin zu stützen und auszubauen? Wenn ja, welche Pläne sind das?**

In dem vom Abgeordnetenhaus verabschiedeten Haushaltsplan haben wir uns darauf verständigt, Maßnahmen zur Stärkung regionaler ambulanter Hospiz- und Palliativversorgung dieses Jahr mit 320.000 Euro und im kommenden Jahr mit 410.000 Euro zu fördern. Auch in den nächsten Haushaltsverhandlungen werden wir uns wieder dafür einsetzen.

**Wie steht Ihre Partei einem interfraktionellen Gesprächskreis Hospiz- und Palliativarbeit in Berlin gegenüber?**

Als Berliner SPD ist uns der fachpolitische Austausch untereinander sowie mit Vereinen und Verbänden sehr wichtig.